

Heike Möller



DOKUMENTARISCHES ZUM 12. TREFFEN DES

Round Table

ENTWICKLUNGSPOLITIK BRANDENBURG

AM 11. NOVEMBER 2022
IM HAUS DER NATUR POTSDAM



Gefördert durch Mittel des Ministeriums
der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg.

**12. TREFFEN DES ROUND TABLE
ENTWICKLUNGSPOLITIK LAND BRANDENBURG**
am 11. November 2022 · 10:00 bis 15:00 Uhr
IM HAUS DER NATUR POTSDAM

Tagesordnung
KURZE VORSTELLUNG

- 09:45 Uhr Ankommen, Anmeldung
- 10:00 Uhr Begrüßung und Kurze Vorstellung des Programms
durch Moderator Uwe Prüfer (VENROB e.V.)
- 10:10 Uhr Grußwort durch Herrn Staatssekretär Jobst-Hinrich Ubbelohde
(Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg / MdFE)
- 10:20 Uhr Rückfragen zum Grußwort
- 10:40 Uhr Information zum Prozess der Fortschreibung der Entwicklungspolitischen
Leitlinien der Landesregierung durch Frau Dr. Heuser (MdFE)
- 10:50 Uhr Monitoring zur Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien
des Landes Brandenburg
- 12:00 Uhr *Mittagspause, Bio-regio-fairer Imbiss,
Möglichkeit zum bilateralen Gespräch und Networking*
- 13:00 Uhr Vortrag von Herrn Abteilungsleiter Steinhilber:
Aktuelle Herausforderungen in der Entwicklungspolitik
(Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/
BMZ, Abteilung 5: Flucht; Krisenprävention; Zivilgesellschaft)
- 13:20 Uhr Diskussion zum Vortrag
- 13:50 Uhr Kurze Berichte zur Arbeit von NROs und anderen Stakeholdern,
die im entwicklungspolitischen Bereich tätig sind
- 14:50 Uhr Vorschläge zur weiteren Arbeit des RTEP
- 15:00 Uhr Kurzes Fazit, Verabschiedung durch Moderation

DOKUMENTATION DES

12. Round Table Entwicklungspolitik am 11.11.2022 von 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Die gute Nachricht zuerst: Der Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg – die zentrale Schnittstelle zwischen Landesregierung und entwicklungs- und nachhaltigkeitsorientierter Zivilgesellschaft – fand am 11. November 2022 in der Landeshauptstadt in Präsenz statt. Mit dabei waren 39 bekannte und neue Stakeholder aus der Verwaltung, der Zivilgesellschaft und aus Parteien. Begrüßt und durch den Tag moderiert wurden sie von **UWE PRÜFER** (VENROB e.V.) und **DR. IRENE HEUSER**, Referatsleiterin beim Ministerium der Finanzen und für Europa (MdFE).

Und jetzt die schlechte Nachricht: Es bleibt kompliziert! Die angespannte geopolitische Weltlage, verschärft durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, die damit verbundenen Flüchtlingsbewegungen, wirtschafts-, energie- und sicherheitspolitischen Verwerfungen und das alles vor der Drohkulisse des Klimawandels wirft seine Schatten auch auf das alltägliche Leben und Wirken in Brandenburg.

In seiner Begrüßungsrede als zuständiger Staatssekretär im MdFE heißt **JOBST-HINRICH UBBELOHDE**



die Stakeholder herzlich willkommen und spricht ein Dankeschön für deren Engagement aus. Er verweist auf die Bedeutung der Vernetzung und des guten Austauschs zu Erfahrungen sowie auf die Veränderungsmöglichkeiten des Round Table als Ko-Produktion von Ministerium und Zivilgesellschaft.

Zusätzlich zu den weltweiten Belastungen durch die fatalen Folgen der Klimakrise seien die negativen Auswirkungen des die Situation verschärfenden russischen Angriffskriegs deutlich sichtbar geworden. Obwohl globale Probleme in der nicht lange zurückliegenden Vergangenheit scheinbar abgenommen hatten, zeige ein Konflikt wie dieser Krieg mit Beteiligten, die weltweite Exporteure von Nahrungsmitteln sind, wie stark wir durch die intensive globale Vernetzung in der Energie und Nahrungsmittelversorgung mittelbar betroffen sind.

Was kann das Land Brandenburg tun? Für ein Bundesland mit begrenzten Möglichkeiten ist es umso wichtiger, die richtigen Schwerpunkte zu setzen und eine konsistente Entwicklungspolitik zu machen. Gemäß seinem Verweis auf die Bildungsaspekte sei Entwicklungspolitik – so Herr Ubbelohde – nicht nur konkrete Auslands-, sondern auch dezidierte Inlandspolitik. Nicht zuletzt, um sich die globalen Themen dieser Welt bewusst zu machen.

Neben den von der Landesregierung geförderten Promotor:innen spricht er auch die Palette des ehrenamtlichen und kirchlichen Engagements an. Das Engagement Aller, ohne die das Land seiner Verantwortung in der Entwicklungspolitik nicht gerecht werden könne, zeige, dass Worte nicht nur leere Hülsen seien.

Das MdFE sei dabei, die Entwicklungspolitischen Leitlinien (EPoLL) auszuarbeiten. Diese sollen als strategischer Leitfaden für entwicklungspolitische Aktivitäten dienen. Die Landesregierung und -verwaltung orientiere sich seit der letzten Überarbeitung der EPoLL von 2012 an der Nachhaltigkeit. Jetzt ginge es darum, die Strategie weiterzuentwickeln, Eckpunkte zu bilden, seit 2015 auch im Hinblick auf die Sustainable Development Goals (SDGs). Wichtig seien unter anderem Orientierungspunkte, wie Globales Lernen oder Wirtschaftskontakte mit einem globalen Bezug.

In seinem Bekenntnis für ein weltoffenes Brandenburg ergänzt der Staatssekretär, dass gegenwärtig unter Einbeziehung vieler entwicklungspolitischer Akteure neben den EPoLL auch die Internationalisierungs- und Nachhaltigkeitsstrategie aktualisiert würden.



Im Anschluss wurden drei Punkte diskutiert:

1. **Mobilität – Wasserwirtschaft:**

CHRISTINA KATZER von GLOS e.V. (Globales Lernen an Oder und Spree aus Frankfurt/Oder) spricht die Kosten für Mobilität an, im konkreten Fall durch die Ansiedlung des Autobauers TESLA in Grünheide und die Auswirkungen auf den brandenburgischen Wasserhaushalt.

Nachhaltigkeit sei ein Querschnittsthema. Hier – so Herr Ubbelohde – käme es auf die Ausrichtung der Landesregierung an und ob insgesamt beispielsweise in den Bereichen Verkehr, Gesundheit u.a. die globalen Ziele in Richtung Nachhaltigkeit mitgedacht und eingearbeitet würden. Unsere Gesellschaftsform biete gute Rahmenbedingungen, auch für die Umwelt. Diese seien von den Fachbereichen der Landesregierung beim TESLA-Projekt beachtet und begleitet worden.

2. **Schwierige Finanzierungslage im Bildungsbereich:**

Aus Brandenburg kämen beim FEB-Programm von Engagement Global die wenigsten Anträge für Bildungsprojekte, so **UWE BERGER**, Promotor Globales Lernen aus Cottbus. Ein Grund dafür seien die fehlenden Landesmittel, die als Drittmittel aufgebracht werden müssten, um weitere Förderungen aus Bundesmitteln zu erhalten. In Berlin und Sachsen beispielsweise geschähe bedeutend mehr. Es bedürfe eindeutig einer Aufstockung der Landesmittel! Dieser Forderung – im Plenum hinreichend bekannt – wurde mit Beifall Nachdruck verliehen.

Staatssekretär Ubbelohde erläuterte die Haushalts-situation und wies auf die leider nötigen Ansätze für Mittelkürzungen für den Haushaltsentwurf 23/24 hin, die allerdings den Bereich Entwicklungspolitik nicht betreffen.

3. Herr Abdou-Rahime Diallo, Fachpromotor für Entwicklungspolitik und Migration, gibt zu bedenken, dass immer mehr Menschen die Ansätze und die Wirkung von Entwicklungspolitik anzweifeln. Im Globalen Süden gibt es dazu viele kritische Stimmen, die endlich eine grundsätzliche Entkolonialisierung fordern. Auch müsse es mehr Austausch darüber geben, was in Ländern des Globalen Südens an Nachhaltigkeit passiere. Insgesamt fehle ihm die Wahrnehmung aus der Perspektive des Globalen Südens im Hinblick auf die Ursachen und Verantwortlichkeiten der Krisen. Dafür gab es ebenfalls Applaus aus dem Plenum.

Herr Ubbelohde verweist auf den nach der Mittags-pause zugeschalteten Jochen Steinhilber. Leiter der Abteilung „Flucht; Krisenprävention; Zivilgesellschaft“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Dieser könne dazu mehr berichten. Hierzulande müssten aktuelle Kenntnis über afrikanische Länder in der Bildungspolitik vermittelt werden. Als Beauftragter der deutsch-polnischen Beziehungen wisse er über die Bedeutung der Kenntnisse über den jeweiligen Partner. Es sei ein allgemeines Phänomen, dass viele Sachverhalte weder in der unmittelbaren Nachbarschaft geschweige denn weltweit wahrgenommen würden.

Frau Heuser verweist u.a. darauf, dass Afrika die jüngste Bevölkerung der Welt habe. Sie betonte die Relevanz der Einbeziehung der afrikanischen Perspektiven z.B. im Rahmen der Potsdamer Frühjahrsgespräche der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef.).

Man wünsche sich, so Frau **JULIA CLAUSNER** vom Verein Brandenburg 21, dass afrikanische Länder nicht nur als Problemfälle, sondern differenzierter gesehen werden. Auch dass es demografisch gesehen ein sehr junger Kontinent sei, könne genutzt werden.

Nach der sehr kommunikativen Mittagspause wird Herr **JOCHEN STEINHILBER**, BMZ-Abteilungsleiter, aus Berlin zugeschaltet.

Als Einstieg in seinen Vortrag nennt er drei Thesen, um mit Sicht auf die Welt die Schwerpunkte seiner Arbeit im BMZ zu skizzieren.

I. ZEITENWENDE DURCH DEN RUSSISCHEN ANGRIFFSKRIEG

Der russische Angriffskrieg ist zwar eine Zeitenwende für Deutschland und für Europa, aber nicht notwendigerweise für den Globalen Süden. Wirft man den Blick vordringlich auf Deutschland, konstatiert man eine Zunahme von Unsicherheiten in dreierlei Hinsicht:

1. Die Sorge um die persönliche Unversehrtheit, denn mit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist der Krieg in Europa zurück.
2. Die Sorge um die Verlässlichkeit von Regeln und gesellschaftlicher Kontinuität, die in einer Krisenkaskade wie der Pandemie, der Klima- und der Energiekrise kaum zu bewältigen scheint.
3. Eine persönliche, existenzielle und soziale Angst vieler Menschen, die nicht wissen, wie sie angesichts steigender Preise und wachsender Inflation über die Runden kommen sollen.

Diese Gemengelage hat unmittelbare Auswirkungen auf die Entwicklungszusammenarbeit. Sie bestimmt auf der Mikroebene das Engagement vor Ort und auf der Makroebene die Verteilung unserer finanziellen Ressourcen. Daraus folgt, dass das Bedürfnis nach einer Orientierung und einem aktiven Regierungshandeln sehr groß ist.

Eine Zeitenwende ist es für uns vor allem in Fragen von Sicherheitsbündnissen. Warum die Einschränkung mit Blick auf den globalen Süden? Weil die meisten

Länder des Globalen Südens zwar unsere Resolution in der Verurteilung des russischen Angriffskrieges mitgetragen, sich in der UNO-Vollversammlung aber enthalten haben. Das ist entscheidend für unseren Blick auf die Welt und unsere Partner. Uns Europäern wird ein gewisses Misstrauen entgegengebracht, das nicht mit unserem Selbstbild als dem guten, regelbasierten Geber übereinstimmt. Das mag man undankbar finden, aber wir müssen es zur Kenntnis nehmen. Auch die Tatsache, dass Entwicklungsländer Interessen haben, die nicht mit den unsrigen übereinstimmen, ist anzuerkennen. Denn für viele dieser Länder ist die multipolare Welt schon länger Realität: Sie schauen, wo sie den Weizen herbekommen, mit wem sie Handel treiben etc. Dies bedeutet nicht notwendigerweise, dass sie etwa Sympathie für russische oder chinesische Ordnungsvorstellungen haben. Sie machen deutlich, dass sich Entwicklungs- und Schwellenländer Optionen freihalten, mit wem sie Handel treiben können, wer ihnen Infrastruktur, Technologie und ja, auch Waffen verkauft.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat mit Blick auf die Ernährungssicherheit massive und drastische Auswirkungen auf die Länder des Globalen Südens. Gleichzeitig bedeutet er keine einschneidende Zeitenwende für sie, sondern ist eine weitere Schicht auf die bestehenden Krisen, mit denen sie sich auseinandersetzen müssen.

II. ALTE BLOCKKONFRONTATION ODER NEUE MULTIPOLARE KNOTENPUNKTE?

Es gibt die These, dass wir in eine neue Blockkonfrontation hineinsteuern – ein bisschen so wie im Kalten Krieg. Dem würde Jochen Steinhilber widersprechen. Ja, wir steuern auf eine neue Konfrontation zwischen Demokratien und Autokratien hin. Aber in unserer stärker polarisierten Welt gibt es eine Vernetzung wie nie zuvor. Dieses Zusammenspiel auf technologischer, handelspolitischer und kultureller Ebene wird weitergehen, aber auch anfälliger werden. Das merken wir

an den Informationskrisen (Cyberangriffen / Verbreitung von Fake News / Cybermanipulation) oder den Handelseinverständnissen. Das sind Knotenpunkte, an denen bestimmte Staaten zu intervenieren versuchen, um die Situationen zu ihren Gunsten ausulegen. Dabei gibt es unterschiedliche Strategien. In Europa versuchen wir über unsere Standards andere Länder einzubeziehen. China hat seine infrastrukturelle und handelspolitische Belt-und-Road-Initiative und für die USA geht es in erster Linie darum, Knotenpunkte für die Dateninfrastruktur zu besetzen.

Dann gibt es Russland, das nicht nur in der Ukraine Krieg führt, sondern auch in Syrien und mit einem Söldnerkommando in Mali. Es ist eine Macht, die nicht in der Lage ist, selbst Ordnungsstrukturen aufzubauen, die Anderer aber empfindlich trifft.

III. ENTWICKLUNGSPOLITIK WIRD RELEVANTER

Es geht daher nicht um die Trennung in politische Blöcke, sondern um Gestaltungspolitik. Wie und unter welchen Prämissen gestalten wir Handels-, Migrations- und Technologiepolitik? Ist es eine für alle gerechte Gestaltung oder ein „Jeder gegen Jeden“?

Entwicklungspolitik wird bedeutender und muss sich entsprechend verändern. Der Begründungszwang für ein bestimmtes entwicklungspolitisches Handeln wird zunehmen. Denn das Äußere hat großen Einfluss auf unser Wohlstandsmodell – Stichworte Energiekrise und gestörte Lieferketten. Der Diskurs, dass unsere Gesellschaft nur so stabil sein kann, wie die sie umgebende Welt, muss viel intensiver geführt werden. Dieser Auftrag geht auch an Sie als Teilnehmer:innen dieser Runde, weil Sie als entwicklungspolitische Gestalter genau in diesen Bereichen Ihre Diskurse führen.

Eine entscheidende Debatte, die wir gegenwärtig führen, ist das Verhältnis zu autokratischen Ländern. Wie gehen wir mit ihnen um? Wie geopolitisch soll

Entwicklungspolitik sein? Sollen wir zukünftig nur noch deutsche Interessen bedienen? Was ist eigentlich mit diesen Werten? Wie ist das Verhältnis zwischen kurzfristigen Eingriffen und unseren langfristigen Projekten, für die die Entwicklungszusammenarbeit steht? Wir müssen stärker um unsere Positionen ringen und dabei überzeugender werden.

Die Fragen nach unseren Werten und Interessen und wie wir darauf blicken sind im BMZ ein großes Thema und ich glaube, bei Ihnen auch. Das betrifft besonders die Strategiefähigkeit von Entwicklungszusammenarbeit und welche Rolle Interessen dabei spielen. Aus meiner Sicht ist es eine Scheindiskussion, weil Werte und Interessen immer in den Begründungszusammenhang von Politik fließen müssen, nicht nur in der Entwicklungszusammenarbeit, sondern in vielen anderen Bereichen auch. Werte und Interessen können, aber müssen nicht zwingend gegensätzlich sein. Ein aus meiner Sicht passendes Beispiel ist, Deutschland möchte die Energiewende vorantreiben und nachhaltige Industriepolitik machen. Dafür braucht es nachhaltige und stabile Lieferketten. Unsere Lieferketten können aber nur so nachhaltig und stabil sein, wie sie das auch im Ausland sind. Schon allein deshalb müssen wir schauen, was in den Ländern passiert. Wie wollen wir diversifizieren, beispielsweise bei den seltenen Erden oder bei der Wasserstoffproduktion? Wie können wir die Herstellung und den Bezug von Wasserstoff so organisieren, dass nicht nur ein paar Wenige davon profitieren, sondern möglichst alle und es gleichzeitig zu einem Erfolgs- weil Wohlstandsmodell andernorts wird?

Oder bei der Frage der Arbeitsmigration. Natürlich ist es im Interesse des deutschen Arbeitsmarktes, Fachkräfte und Arbeitskräfte insgesamt zu bekommen. Gleichzeitig ist es Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit, einen massiven Brain-Drain andernorts zu verhindern. Bei der Ausbildung für den deutschen und den heimischen Markt achten wir darauf, Interessen und Werte miteinander zu verknüpfen.

Für die Ministerin ergeben sich daraus vier Schwerpunkte:

Bekämpfung Covid 19-Pandemie und ihre Folgen

Wir sind uns im Klaren darüber, dass die Covid-Krise nicht nur bei uns, sondern vor allem in vielen Ländern des Globalen Südens noch lange nicht ausgestanden ist. Es geht in erster Linie darum, die sozioökonomischen Folgewirkungen sowie eine möglichst gerechte Impfstoffverteilung anzupacken. Dafür haben wir Kriseninstrumente, mit denen wir beispielsweise die Impfkampagnen unterstützen.

Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise, der Pandemie und regionalen Konflikten sind die Haushalte und Gesellschaften der Entwicklungsländer schon jetzt massiv belastet. Es ist zu erwarten, dass viele dieser Länder in eine komplette Schuldenkrise rutschen. Auch das ist ein Handlungsschwerpunkt.

Minderung von Hunger und Armut

Die Ernährungskrise, ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg, hat die bereits bestehende Hungerkrise verschärft. Die Versorgungskette ist zusammengebrochen durch den weitgehenden Wegfall von Getreide und Düngemittel. Das war ein sehr großer Schwerpunkt unserer Arbeit im ersten Halbjahr. Wir haben ein Bündnis dazu geschmiedet, um strategischer und rationaler dagegen vorzugehen und unsere unterschiedlichen Agenturen wie das World Food Programme, FAO etc. genauer aufeinander abzustimmen.

Mit unserer Entwicklungspolitik versuchen wir, zügig mittelfristige Lösungen zur Selbsthilfe aufzubauen, um aus diesen Akutsituationen rauszukommen. Humanitäre Hilfe so wichtig wie sie für die Akutversorgung ist – ist im Verhältnis sehr teuer, und wir haben sehr viel mehr Bedarfe, als wir erfüllen können.

Das bedeutet, wir müssen zügig die Reformen in den Agrarsystemen und -märkte vor Ort anstoßen, damit

die Grundversorgung funktioniert.

Just Transition

Der dritte Schwerpunkt nennt sich „Just Transition“. Es ist ein Begriff, der aus dem Gewerkschaftsbereich kommt. Sinngemäß heißt er so viel wie „gerechte Übergänge“, die es zu schaffen gilt, um den ökologischen Wandel unter Einbeziehung der sozialen Frage voranzubringen. Legitimität für eine emissionsfreie Wirtschaft gibt es nur dann, wenn sie sozial gerecht funktioniert. Das gilt gleichermaßen für Länder des Globalen Südens wie für die Lausitz!

Ich nenne hier das Beispiel in Südafrika, das ich aus eigener Anschauung kenne. Dort versuchen wir mit sehr viel Geld und G7-Partnern, den Kohleausstieg voranzubringen. Da stellen sich ähnliche Fragen, beispielsweise was es bedeutet, wenn die Arbeitsplätze in den Bergwerken wegfallen? Trotz der schweren und gefährlichen Arbeit ist es für die dort Beschäftigten ein relativ gut bezahlter Arbeitsplatz. Wie können diese substituiert, wie mehr Frauen in Arbeit gebracht und wie die Transformation sozial unterfüttert werden? Die Antworten darauf gelten für alle Bergwerksregionen weltweit.

Der Slogan „Leave no one behind!“ ist mit Blick auf gerechte Übergänge zentral. Denn neben den ökonomischen und sozialen Faktoren kann Transformation nur dann funktionieren, wenn sie demokratische Elemente enthält. Dazu gehört Teilhabe, die Unterstützung von demokratischen Prozessen etc. Zusammen mit anderen Ländern sind wir dabei, entsprechende Unterstützungsangebote zu entwickeln.

Feministische Entwicklungspolitik

Es ist die feministische Entwicklungspolitik, die mich besonders umtreibt. Die Ministerin hat bewusst den Topos Feminismus verwendet. Damit zielen wir darauf ab, die drei „Rs“, nämlich Rechte, Ressourcen und eine bessere Repräsentanz von und für Frauen zu fördern.

Die Empirie ist auf unserer Seite. Es ist eindeutig feststellbar, dass beispielsweise Friedensabkommen bedeutend länger halten, wenn Frauen adäquat daran beteiligt sind.

Um zu einer handlungsfähigen, feministischen Entwicklungspolitik zu kommen, muss das mit den politischen Partnern wie der Weltbank u.a. durchgefochten werden. Ich bin absolut davon überzeugt, dass wir

unsere Entwicklungsziele, sei es bei der Gesundheits-, der Sicherheits-, der Wirtschafts- und auch der Technologiepolitik nur erreichen können, wenn Frauen an Entscheidungsprozessen mit Ressourcen und Rechten ordentlich beteiligt werden. Frauen haben beispielsweise in vielen Ländern keine Rechte, Land zu erwerben. Das ist ein Punkt, an dem man ansetzen muss wie in vielen anderen Bereichen auch.

DISKUSSION

In der folgenden Diskussion geht es um Aktuelles wie der Haltung Deutschlands zur gegenwärtigen Situation im Iran speziell vor dem Hintergrund der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik. So wird nach der Drosselung des iranischen Internets gefragt. Zum anderen wird gefragt, ob man sich im BMZ der Demonstrationen gegen die derzeitige Entwicklungszusammenarbeit und -politik von Frankreich und damit auch der EU in Mali bewusst ist im Kontext von Dekolonisierung.

Der Iran – so Steinhilber – ist kein Partnerland der Entwicklungszusammenarbeit, folglich gibt es keine entwicklungspolitische Beziehung zum Iran. Wir unterstützen nicht explizit die iranische Frauenbewegung, das würde ihr auch nicht unbedingt guttun, aber wir schaffen Sichtbarkeit für Proteste hier in Deutschland. Wir sondieren die Lage, um ein klares Bild zu bekommen. Über bestimmte Kanäle und in unsere Browser eingebaute Plug-Ins können iranische Kolleg:innen den Thor-Server oder Applikationen nutzen, wenn das Internet runtergefahren wird. Die Frauenbewegung ist in der Tat keine spontane Bewegung, sondern schon seit langem eine Herzkammer der iranischen Zivilgesellschaft.

Stichwort Dekolonisierung: Frankreich macht über weite Strecken eine andere Entwicklungspolitik als wir. Ein Blick auf die Partnerorganisationen hilft, um zu

erkennen, was besser gemacht werden kann. Dabei ist die bilaterale Zusammenarbeit nur ein Instrument der Entwicklungszusammenarbeit. Es geht auch um multilaterale Zusammenarbeit und mit Zivilgesellschaften vor Ort, wo wir mit unserem breit gefächerten Instrumentarium einen anderen Ansatz haben. Dabei müssen wir uns genau überlegen, welche Instrumente vor Ort wirken und funktionieren. Wir haben auch gegenüber den Promotor:innen deutlich gemacht, dass wir keine kompletten Dekolonialisierungs- und Antirassismusprogramme finanzieren, dafür sind andere zuständig, aber durchaus einzelne Programmeinheiten darin unterstützen.

Die Entwicklungspolitik überlegt sich genau, welches Regime unterstützt wird und mit welchem eine Zusammenarbeit möglich ist.

In der zweiten Runde kommt die Frage nach dem nationalen Wettbewerb um Ressourcen und Mittel in Deutschland und die spezielle Ausrichtung des BMZ diesbezüglich. Mit Blick auf die Situation vor Ort und das Promotorenprogramm wird darauf hingewiesen, wie großen und nicht immer sichtbaren Input das Programm beispielsweise in einem Flächenland wie Brandenburg hat. Zu den gegenwärtigen Krisen insbesondere der Ernährungskrise stellt sich die Frage, inwieweit es eine weitere Allianz neben den G7 auf

internationaler und EU-Ebene gibt.

Die Krisen und die damit verbundene Ressourcenfrage gehen an den Haushalten auch in Deutschland nicht spurlos vorüber, konstatiert Steinhilber. In der Entwicklungszusammenarbeit muss deshalb stärker fokussiert werden. Zum einen braucht die EZ mehr Zwillingsprojekte mit Anschlussfähigkeit an deutsche Interessen und Werte. Dazu gehört es auch, legale Migrationswege mitzugestalten. In Zusammenarbeit mit der IHK und der Handwerkskammer sind in mittlerweile 10 Ländern Zentren für Migration und Entwicklung im Aufbau begriffen. Wir wollen einige Pilotprojekte schaffen, diese in die Praxis umsetzen und dann skalieren.

Auf absehbare Zeit haben wir mehr damit zu tun, uns in die Lage zu versetzen, die Bekämpfung von akuten Krisen jenseits der humanitären Hilfe z.B. in Syrien oder im Jemen mit Kriseninstrumenten voranzutreiben, um möglichst schnell stabile Strukturen zu schaffen.

Eine viel bessere internationale Arbeitsteilung ist hier gefragt, denn nicht jedes Land muss alles machen.

Das Promotorenprogramm und die entwicklungspolitische Inlandsarbeit ist und bleibt sehr wichtig und wird vom BMZ weiter unterstützt, so Steinhilber. Sie ist wichtig, auch um den gesellschaftlichen Diskurs mitzuprägen in Fragen zu Demokratie, Rassismus und Antirassismus, Dekolonisierung und Außenpolitik. Diese Themen werden in Deutschland zukünftig eine viel größere Rolle als bisher spielen. Denn wenn Deutschland mehr beitragen und bewirken will, muss es einen stärkeren europäischen und internationalen Fokus setzen. Das setzt voraus, dass es auch in der Gesellschaft einen intensiveren Diskurs über internationale Themen geben muss. Dafür schafft das Promotorenprogramm den Resonanzboden in der Zivilgesellschaft. Die Ministerin hat einen klaren Fokus auf internationale Organisationen und auch auf Europa gelegt. Das wurde aus Sicht des BMZ in den letzten Jahren stark vernachlässigt. Wir können als Partner

auf der europäischen Ebene sehr viel bewirken, auch wenn die politischen Konstellationen in den Hauptstädten Europas eine Zusammenarbeit nicht immer einfach macht.

Das Moderatorenteam bedankt sich bei allen Beteiligten und leitet zum nächsten Teil über.

Im Anschluss skizziert **DR. IRENE HEUSER** den Ablauf der Fortschreibung der EpolLL, wozu sich die Brandenburger Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag vom November 2019 verpflichtet hatte. Darin explizit erwähnt werden der Ausbau der Nord-Süd-Partnerschaften, die verstärkte Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung und die Zusammenarbeit unter anderem mit den Umweltverbänden und dem Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (VENROB). Der „Round Table Entwicklungspolitik“ soll fortgesetzt und mit der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats verzahnt werden.

Nach derzeitiger Planung soll bis zum 1. Quartal 2023 ein erster Entwurf innerhalb der Landesregierung erarbeitet und ab März/April 2023 mit der Beteiligung der Zivilgesellschaft begonnen werden. Frühestens im 2. Quartal rechnet man mit der Fertigstellung der EpolLL, die dann im 3. Quartal 2023 im Kabinett beschlossen werden könnten.

Bezüglich der Laufzeit jeweils gültiger EpolLL und ihrer rechtlichen Bindung konstatiert Irene Heuser, dass sich theoretisch natürlich jede Koalition neue EpolLL schaffen könne und sie rechtlich nicht bindend seien, weil sie die Leitlinien der jeweiligen Landesregierung sind. Allerdings böten sie Orientierungspunkte für das Regierungshandeln und begleiteten dieses strategisch in den relevanten Politikfeldern mit Fokus und Kontinuität.

Nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit von **MICHAEL PREUSS** vom MBSJ brauche die Zivilgesellschaft mehr Zeit, um ihren Beitrag zu leisten. Darüber hinaus sei eine den Prozess begleitende

Diskussion erforderlich, um die Themen der EpOLL in Gesellschaft und Regierung auf allen Ebenen voranzubringen.

Die globale Dimension werde zudem längst nicht überall mitgedacht, resümiert Irene Heuser, insofern bestehe noch Handlungsbedarf.

BERICHTE AUS DEN RESSORTS

Die Weiterentwicklung der Landesnachhaltigkeitsstrategie (LNHS)

Konferenz: Verabschiedung durch Moderation



Frau **LEONIE EILERS** befasst sich in der Staatskanzlei mit der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie (LNHS). Ein erster Entwurf befindet sich in der innerministeriellen Abstimmung der Landesregierung. Geplant ist damit Anfang 2023 in die Öffentlichkeitsbeteiligung einzusteigen und Impulse aufzunehmen. Man richte sich inhaltlich auf der Grundlage der Agenda 2030 an den SDGs aus. Das Fundament zur Umsetzung der Agenda 2030 auf Landesebene sind die landespolitischen Fachstrategien. Es wird daran gearbeitet, Verbindungen zwischen den SDGs und den landespolitischen Fachstrategien herzustellen und zu analysieren, wo es Lücken und somit Handlungsbedarfe gibt. In Anbetracht der unterschiedlichen Fachdisziplinen ginge es u.a. auch darum, unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten und kulturellem Wandel eigene Handlungsmöglichkeiten für mehr Nachhaltigkeit herauszustellen und als Ziele zu setzen, z.B. beim Thema Wasser.



FRAU EICHENBERG aus dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) berichtet, dass ihre Behörde besonders zum Thema Entwicklungspolitik durch die Aufgabenstellung Nachhaltige Entwicklung und BNE betroffen ist. Diese politischen Querschnittsthemen ohne gesetzliche Grundlagen müssen sich wie die Aufgabenstellung internationale Kooperationen selbst auch im Hinblick verfügbarer Personalkapazitäten und finanzieller Ressourcen zur Bearbeitung in einem Fachministerium immer wieder durchsetzen. Ohnehin ist der Grad der Zuständigkeit die EpOLL betreffend, auf Landesebene nach ihrer Meinung nur noch marginal. Es wird überwiegend die nationale Ebene angesprochen. Das MLUK will das Verständnis zu globalen Entwicklungen innerhalb Brandenburgs fördern. Deshalb konzentrierte man sich auf die Vernetzungen über die Nachhaltigkeitsplattform und die Servicestelle BNE. Hier hat das MLUK Strukturen geschaffen, die mit Hilfe von Fachveranstaltungen, Qualifizierung und Gesprächsplattformen die Arbeit der NGOs und weiterer Akteure unterstützen

sollen. Nicht die großen Strategien seien ihr Thema, sondern konkretes Arbeiten mit der Zivilgesellschaft und den NGOs. Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch das MLUK ist begrenzt, da die Landesmittel benötigt werden, um EU-Mittel nutzen zu können. Da die Etats der Landesmittel nie üppig sind, sollten auch in Zukunft Mischfinanzierungen u.a. mit nationalen Mitteln favorisiert werden. Frau Eichenberg betont, dass ihr Beitrag kein Monitoring ist, sondern ein Versuch, die Rolle des Ministeriums und seiner Verwaltungsprozesse darzustellen. Auch dafür gab's Applaus.



Herr **MICHAEL PREUSS** aus dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) wirft ein Schlaglicht – stellvertretend für eine Reihe anderer Projekte – auf das seit 22 Jahren vom MBJS unterstützte Programm „Jugend für Entwicklungszusammenarbeit“. Dabei handelt es sich um ein niederschwelliges Jugendfreiwilligenprogramm, welches jungen Menschen zwischen 18 und 27 Jahren Aufenthalte zwischen drei Wochen und drei Monaten in Länder des Globalen Südens in Afrika, Asien bzw. Lateinamerika ermöglicht und dieses auch im Austausch (Reversekomponente). Das MBJS hat seit seinem Start 2000 die Maßnahme mit jährlich ca. 20-43.000 Euro gefördert und etwa 20 bis 30 jungen Menschen p.a. einen Reisekostenzuschuss von 600 bis 1.300 Euro gewährt. Mittlerweile nutzen auch neue Partner:innen das Programm.

Herr **UWE BERGER** stellt das von einem diversen Autor:innenteam bei Carpus e.V. herausgegebene Buch zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) vor. Es bietet Inspirationen für Lehrende für einen transformativen Unterricht. Der Verein hat in diesem Jahr Lehrkräfte-Bildungsmodule angeboten, die v.a. damit gearbeitet haben. Es ist sehr gut angenommen worden. Das im Oktober erschienene Werk kann sowohl kostenfrei über open access abgerufen als auch direkt von Carpus e.V. bezogen werden. Für sein vorbildliches Engagement und die Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland habe der Verein Carpus e.V. vor kurzem die Nationale Auszeichnung BNE der Deutschen UNESCO-Kommission und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erhalten.



Für die Hochschullandschaft sieht **FRAU LEBHERZ**, zuständig beim Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) in Grundsatzangelegenheiten der Hochschulen nur bedingt gemeinsame Handlungsfelder für eine Zusammenarbeit bei den EpOLL, aufgrund der verfassungsrechtlich verankerten Hochschulautonomie. Die Hochschulen im Land Brandenburg haben bundesweit einen der größten Anteile ausländischer Studierender (18 Prozent), wobei der Schwerpunkt auf den osteuropäischen Ländern liegt. Die Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden ist marginal, obwohl das Thema durchaus präsent ist. Viele Hochschulen haben diverse Partnerschaften zu anderen Hochschulen in Ländern des Globalen Südens. Studierende aus nicht-europäischen Ländern benötigen,

um in Brandenburg studieren zu können, ein Studivisum, welches voraussetzt, dass Studierende auf einem Sperrkonto eine Summe von knapp über 11.000 € überweisen. Davon unabhängig gibt es ähnlich einem Studienkolleg das Programm ESiSt, welches einen Verbund aller brandenburgischen Hochschulen und Universitäten darstellt, in dessen Rahmen internationalen Studieninteressierten der Erwerb einer landesweiten gültigen sprachlichen und fachbezogenen Hochschulzugangsberechtigung ermöglicht wird.



FRAU KÜSTER vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) begrüßt den Vorschlag von Uwe Berger, Klarheit in die Finanzierungsmöglichkeiten existierender Bundes- und Landesmittel sowie der EU im Rahmen einer Veranstaltung zu bringen. Das schließt z.B. Finanzierungsmöglichkeiten aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU ein.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass die Anzahl geflüchteter und vertriebener Menschen weiter hoch bleibt und eine Trendumkehr nicht in Sicht ist. Brandenburg hat bisher allein 2022 rd. 36.000 Menschen aufgenommen. Im Vergleich dazu waren es 2015/16: 25.000/9.000 und in den Jahren danach ca. 3.000 bis 4.000 Menschen pro Jahr. Die Unterbringung der Menschen ist aktuell die größte Herausforderung, will man nicht auf Turnhallen o.ä. zurückzugreifen. Im weltweiten Vergleich nehmen allerdings Länder wie Jordanien und der Libanon in Relation zu ihrer Bevölkerung sehr viel mehr Menschen aus ihren Nach-

barländern auf. In diesen Ländern werden deshalb in Zusammenarbeit mit UNHCR sogenannte Resettlement Programme durchgeführt. Das Land Brandenburg führt seit dem Jahr 2021 ein solches für den Zeitraum 2021-24 aufgelegtes Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Geflüchtete einschließlich Kriegsflüchtlinge und Angehörige verfolgter Minderheiten im Erstaufnahmeland Jordanien durch. Über das Landesprogramm finden jährlich rund 200, vom UNHCR nach Vulnerabilitätskriterien vorgeschlagene, Geflüchtete nach einem mehrstufigen Auswahlprozess Aufnahme in Brandenburg.

HERR BERGER kommentiert, dass an Schulen händelnd nach Lehrkräften mit Arabisch-Kenntnissen gesucht wird. Hier besteht dringender Handlungsbedarf innerhalb der Ministerien bezüglich der Anerkennung von Bildungsabschlüssen und entsprechender Gewährung von Arbeitserlaubnissen.



Frau **VERA FIEBELKORN** von der Stabsstelle IntKom des Ministeriums der Finanzen und für Europa (MDFE) skizzierte zunächst die entwicklungspolitische Kommunikationsarbeit, wie sie sich in der Projektförderung darstelle. Im Hinblick auf die eigenen Aktivitäten der Stabsstelle IntKom verwies sie auf die Dialogreihe „GloboLokal“, deren Fortführung u.a. mit der Staatskanzlei und dem MLUK erörtert werden soll. Ferner berichtete sie über die Beteiligung des Ministeriums bei den „Eberswalder Nachhaltigkeitsgesprächen“ und den „Baruther Schlossgesprächen“. Ein Schwerpunkt im Jahr 2022 bildete die Förderung des Jugendaus-

tauschs zu entwicklungs- und europapolitischen Themenstellungen.



Frau **ALISA TROJANSKY**, Referentin für Europapolitik im MdFE berichtet, dass Brandenburg derzeit an dem Pilotprojekt „Decentralised Development Lab“ (Laufzeit 2021-2023) im Rahmen des „Bund-Länder-Programms Entwicklungszusammenarbeit“ der GIZ teilnimmt. In diesem Projekt nutzen regionale Akteur/-innen im Globalen Norden und im Globalen Süden gemeinsam Methoden der Start-Up-Welt, um praktische Lösungen für regionale Herausforderungen zu entwickeln.

Brandenburg bearbeitet im Rahmen des Projekts gemeinsam mit Rheinland-Pfalz, Ruanda sowie La Libertad (Peru) die Förderung weiblichen Unternehmertums im ländlichen Raum als Herausforderung. Neben dem MdFE ist auch die Industrie- und Handelskammer Potsdam beteiligt. Als Teil des Projekts entwickeln ruandische Entwicklerinnen gemeinsam mit einer deutschen Stiftung die Online-Plattform „Becoming Nala“. Diese soll Gründerinnen in ländlichen Räumen Ruandas unterstützen, beispielsweise durch Mentoring und e-Learning. Aufbauend in den in Ruanda gewon-

nenen Erkenntnissen könnten solche Angebote mittelfristig auch in Brandenburg Anwendung finden.

CHRISTINA KATZER berichtet über die Fortbildungsmöglichkeit für Multiplikator:innen zur Fasten-Aktion von Miserior 2023. Projektland ist Madagaskar und das Thema lautet: Frau.Macht.Veränderung. Seit Gründung von Zaza Faly e.V. sind für diesen Verein sowie für sie persönlich Kinderrechte und ein Straßenkinderprojekt auf Madagaskar Thema der Bildungsarbeit, woran angeknüpft werden könnte.



Frau **STEFANI REICH** von der Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit, angesiedelt bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, berichtet von der Förderung entwicklungspolitischer Projekte von Nichtregierungsorganisationen, von der Zusammenarbeit mit Partnern der Entwicklungszusammenarbeit und den Schwerpunkten der Berliner Entwicklungspolitik. Sie verweist auf die Publikation „Berliner Entwicklungspolitik: Strukturen, Themenfelder, Perspektiven“ (<https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/europa-und-internationales/landesstelle-fuer-entwicklungszusammenarbeit/lez-und-partner/artikel.94895.php>).

KURZE BERICHTE ZUR ARBEIT VON NGOS UND ANDEREN STAKEHOLDERN, DIE IM ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN BEREICH TÄTIG SIND

Über Neues von der BREBIT berichtet **BIRGIT MITAWI**. Gegenwärtig finden die 19. Brandenburger entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT) statt. Bisher gibt es etwa 150 Buchungen von 49 Schulen im ganzen Land Brandenburg. Mehr als die Hälfte aller Projektstage werden von den 30 Referent:innen an Grundschulen durchgeführt.

Unsere Referent:innen gelangen im Herbst immer wieder an ihre Kapazitätsgrenzen, da zeitgleich in mehreren Bundesländern entwicklungspolitische Bildungstage durchgeführt werden. Darum haben wir die 19. BREBIT erstmals für ein ganzes Schuljahr ausgeschrieben.

Die BREBIT-Projekte schaffen Lernräume, um globale Zusammenhänge zu reflektieren und den Umgang mit Komplexität, Unsicherheit und Unrecht zu üben. Dabei ist es uns wichtig, insbesondere Perspektiven von Menschen aus dem Globalen Süden in die thematische Arbeit einzubeziehen.

Wir haben festgestellt, dass das Finden und auch das Nutzen von Perspektiven aus dem Globalen Süden und damit die Umsetzung des didaktischen Anspruchs der Multiperspektivität eine Herausforderung in der pädagogischen Praxis darstellt. Hier wollen wir unterstützen und sind gerade dabei, eine Sammlung von Links, Materialien und Zitaten, ergänzt durch didaktische Hinweise zu erstellen, um Lehrkräften und Referent:innen ein praxisnahes Tool auf der Webseite: www.brebit.org zur Verfügung zu stellen. Ab Februar 2023 sind die Materialhinweise, die Perspektiven aus dem Globalen Süden stark machen, zum Jahresthema der BREBIT 2022/2023 abrufbereit. Geplant ist es, die Sammlung in den kommenden Jahren fortzuschreiben.“

Frau **TINA GIERTH** von ESTARuppin berichtet über den Aufruf, den sie im Oktober 2021 in der Region verschickten mit der Bitte, sich Aktionen und Veranstaltungen zu überlegen. Nach einem ersten Vernetzungstreffen mit großer Beteiligung im November 2021 wurden entsprechende Strukturen aufgebaut, Visionen entwickelt, ein Name gefunden und eine Webseite aufgebaut und das alles ohne Fördergelder. Spenden für Druckkosten etc. wurden mit der FairNetzBar (eine ländliche mobile WanderSolibar mit nachhaltigem Input) ab April 2022 eingesammelt. Allerdings hätte sich ohne ihre Anstellung bei ESTARuppin und dem WSD-Programm (Weltoffen, Solidarisch, Dialogisch) die Organisation nicht verstetigt, die Menschen und Aktionen im Flächenland Brandenburg nicht koordiniert und gleichzeitig inhaltlich gearbeitet werden können. Seit Februar 2022 gibt es die Kampagnenzeitung, das „Wandelblatt“. Seit Juli 2022 entwickelt sich das Projekt „Wasser pflanzen“ – Baumpflanzaktionen und Bildungsangebote rund um Bäume und Wasserkreislauf. Knapp 1.000 Bäume konnten mit Hilfe verschiedener Akteure/Einrichtungen in der Region gepflanzt werden. Von August bis Anfang Oktober fanden über 40 Veranstaltungen statt. Bis jetzt ist „Zukunft MitMachen“ aktiv, das Netzwerk macht weiter, wie genau wird im Dezember besprochen.

Auch wenn man mit vielen Problemen zu tun habe, passiere grundsätzlich eine Menge, so Herr **KILIAN KINDELBERGER** von der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft (BBAG e.V.) in seinem Kurzbericht über eine der derzeit aktivsten Partnerschaften in Potsdam – das entwicklungspolitische Leuchtturmprojekt der Städte- und Klimapartnerschaft mit Sansibar-Stadt. Der Oberbürgermeister von Sansibar Stadt kam diesen Herbst nach Potsdam anlässlich des

mittlerweile fünfjährigen Bestehens der Städtepartnerschaft. Obendrein fand z.B. ein Austausch der beiden Botanischen Gärten sowie der Naturkundemuseen in Potsdam und Sansibar statt. Es gibt mehrere rege Schulpartnerschaften und die Frauenfußball-Teams beider Städte stehen weiterhin in gutem Kontakt.

Ab 22. November wird in der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam eine Fotoausstellung über Sansibar zu sehen sein, die durch Ehrenamtliche des Freundeskreises Potsdam-Sansibar und dem Grafiker Ralf Matscheroth auf die Beine gestellt wurde.

Anfang November trafen sich koordiniert von der BBAG zum mittlerweile 12. Mal bundesweit die Freunde Mozambiques.

Für den Leiter des Fachbereichs Unternehmensförderung an der IHK Potsdam, Herrn **TORSTEN STEHR**, spielen Wirtschaft und Handel als Komponenten bei der Entwicklungszusammenarbeit mittlerweile eine wichtige Rolle. Seit 2012 gebe es einen EZ-Scout, mit dessen Hilfe man sich beizeiten bei der Mittelbeschaffung um eine Zusammenarbeit mit der GIZ bemühe und prüfe, wie sich Brandenburger Unternehmen in die regionale Wirtschaftsentwicklung in Ländern des Globalen Südens einbringen können. Beispielsweise bei der Ausbildung: Nach Rückkehr einer Delegation von einer Reise nach Sansibar war das konkrete Ergebnis ein „Train-the-Trainer-Programm“ zu entwickeln, das die IHK im Rahmen der Partnerschaft mit Sansibar seither in Teltow angeboten hat. Nach 6-8 Jahren gibt es mittlerweile ein entsprechendes Trainingscenter auf der tansanischen Insel.

Auch zum Lieferkettengesetz biete die IHK Potsdam seit einiger Zeit einen Pilotkurs an, der mittlerweile bundesweiter Standard geworden sei. Außerdem gebe es Mikro-Kooperationsbörsen für afrikanische und lateinamerikanische Kooperationen, Round Tables zur MENA-Region und Westafrika. Angesichts knapper werdender Mittel, wie schon von Herrn Steinhilber angekündigt, sei man sich darüber im Klaren, dass diese effizient eingesetzt werden müssten, um be-

stehende und neue Projekte, die an der Lösung von entwicklungspolitischen Zielen mitwirken, fördern zu können.

Das Programm Bildung trifft Entwicklung (BtE) von Engagement Global hat im letzten Jahr über 150 Bildungsveranstaltungen des Globalen Lernen im Land Brandenburg durchgeführt, so **JOACHIM KOBOLD**, Projektleiter bei Engagement Global und zuständig für diverse Bildungsprogramme. Davon wurden ca. 70 Angebote auf der Landesgartenschau Beelitz im Grünen Klassenzimmer des slawischen Dorfes von Schulklassen besucht. Zusätzlich informierten mehrere Referentinnen vom 30. Mai bis zum 4. Juni 22 über die Arbeit und Angebote von BtE und Engagement Global allgemein am 17 Ziele-Mobil die Besucher:innen der Landesgartenschau. BtE steht in Kontakt mit der Gemeinde Beelitz und der Grünen Liga, mit dem Ziel, das Grüne Klassenzimmer als außerschulischen Lernort in Zukunft weiter zu nutzen. Mehr Informationen unter <https://www.bildung-trifft-entwicklung.de/bbb.html>

Gemeinsames Essen verbindet! Frau **SIMONE HOLZWARTH** von Stadt-Land.move e.V. und Herr **ANDREAS TEUCHERT** vom Halle 36 e.V. berichten über das am Wochenende des 8. und 9. Oktober stattgefundenene FestEssen – Festival für regionalen und klimafreundlichen Genuss initiiert und durchgeführt vom Ernährungsrat Havelland und dem in Werder ansässigen Verein Stadt-Land.move. Auch Dank des schönen Herbstwetters kamen rund 4.000 Menschen auf den Marktplatz der Insel und konnten sich in verschiedenen Workshops und Mitmachwerkstätten über die globalen Zusammenhänge unseres Ernährungssystems, Ernährung und Klimawandel und Auswirkungen von Krieg und Krisen auf die Ernährungssituation in verschiedenen Ländern des globalen Südens informieren. Somalis und Brandenburger kochten gemeinsam und tauschten sich während des gemeinschaft-stiftenden Essens auch zu den hierzu relevanten politischen Zusammenhängen aus. Trotz des Erfolges der Veranstaltung bleibe es weiterhin eine Herausforderung, diese Themen

an die Menschen vor Ort heranzubringen. Die Anfrage, ob man das Konzept auch im Rahmen des Baublütenfestes umsetzen könne, böte dazu die nächste Gelegenheit. Ausführlicher dazu im Beitrag „FestEssen“ im Heft.

Herr **ABDOU-RAHIME DIALLO** berichtete von der Etablierung eines „Dach“-Gremiums von migrantischen Netzwerken in Brandenburg, u.a. mit den Strukturen von MIR, DAMOST und NeMiB. Dem vorausgegangen sind langjährige Versuche in schwieriger Gemengelage unterschiedlichster Interessen der Verbände und Vereine. Daher wird zunächst keine Rechtsform und keine Gremienwahlen angestrebt, sondern es werden Aufgaben nach Kompetenzprinzip übernommen. Diese Zusammenarbeit hat auch großes Potenzial für entwicklungspolitische Themen und ist ein großes Lernfeld für Interkulturalität und Interreligiösität.

Das Vorhaben von VENROB, sich stärker den entwicklungspolitisch interessierten oder bereits engagierten Akteur:innen in den ländlichen Regionen Brandenburgs zuzuwenden, ist im Sommer 2021 gestartet, berichtet Frau **NORA LUST**, die Projektleiterin. Die Kernaktivität war auch im diesjährigen Projekt die Durchführung der Bildungs- und Dialogveranstaltungen. Deren Zielsetzung ist es, den vorhandenen Akteur:innen fachliche Qualifikation und einen Raum für moderierten Austausch oder Planungen anzubieten. Zum anderen versuchen wir dadurch und auch außerhalb der Veranstaltungen, ihre Einbindung in vorhandene entwicklungspolitische Strukturen Brandenburgs und deren Vernetzung untereinander zu fördern. Wir blicken auf

gut besuchte, erfolgreiche Veranstaltungen in Werder/Havel und Biesenthal (BAR) zurück, freuen uns über den erfolgten Zuwachs an Netzwerkpartner:innen und hoffen auf ein Folgeprojekt, um diese Prozesse weiter zu führen. Eine ausführlichere Darstellung der durchgeführten Veranstaltungen findet sich im FEB Ausgabe 12 (2022) ab Seite 34: <https://venrob.de/feb-12-2022-halbzeit-agenta-2030/>

Frau Dr. Heuser und Herr Prüfer fassen abschließend die wichtigsten Aspekte des 12. Treffens zusammen:

- » Der RTEP hat sich erneut und wieder in Präsenz tagend als lebendiges Forum des Austauschs der Stakeholder erwiesen.
- » Der Krieg in der Ukraine hat die Notwendigkeit und Dringlichkeit für Frieden und nichtmilitärische Konfliktlösungen als Grundvoraussetzungen von globaler Entwicklung deutlich gemacht.
- » Die vielfältigen Kompetenzen der RTEP-Stakeholder werden für die Fortschreibung der entwicklungspolitischen Leitlinien 2023 einbezogen werden.
- » Die Steuerungsgruppe des RTEP greift die Probleme und Impulse hinsichtlich der Finanzierung von entwicklungspolitischer Arbeit auf und beteiligt sich an Überlegungen und Aktivitäten zur Verbesserung der Situation.

Mit herzlichem Dank an alle Stakeholder beendet das Moderationsduo das 12. Treffen.



LEONIE EILERS

Bericht der Staatskanzlei

zur Weiterentwicklung der Landesnachhaltigkeitsstrategie und den Aktivitäten des Nachhaltigkeitsbeirates

Am 24. Mai 2022 hat sich die Landesregierung per Kabinettsbeschluss mit einem Eckpunktepapier auf das methodische Vorgehen zur Weiterentwicklung der Landesnachhaltigkeitsstrategie (LNHS) verständigt. Aufbauend auf dem Eckpunktepapier wurde ein erster Entwurf der LNHS erarbeitet, der aktuell innerhalb der Landesregierung auf Arbeitsebene abgestimmt und weiterqualifiziert wird. Im Ergebnis soll Anfang 2023 die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgen.

Der Entwurf der LNHS sieht (inhaltlich) folgende Kernelemente vor:

- die Ausrichtung an den 17 SDGs der Agenda 2030
- das Aufzeigen und Analysieren der Umsetzung der 17 SDGs durch landespolitische Fachstrategien
- das Ableiten von Schwerpunktbereichen
- das Grundverständnis von nachhaltigen landespolitischen Fachstrategien
- die Weiterentwicklung des verwaltungsinternen Handelns im Sinne der Nachhaltigkeit
- die Vereinbarung von Ziel- und Umsetzungskontrollen

Der Nachhaltigkeitsbeirat (NHB) des Landes Brandenburg ist eng in die Weiterentwicklung der LNHS eingebunden. Darüber hinaus hat er sich eigene Schwerpunktthemen gewählt, zu denen Politikempfehlungen an die Landesregierung entwickelt werden. Im März 2022 konnte die Arbeit zum Thema Energiewende abgeschlossen werden. Die Arbeiten an weiteren Schwerpunktthemen (u.a. Wasserressourcen und gesellschaftlicher Zusammenhalt) laufen aktuell.

Weitere Informationen zur Weiterentwicklung der LNHS und dem NHB finden sich auf der Webseite der Staatskanzlei unter: <https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.697007.de>

MSGIV

Textbaustein Ressortaktivitäten für das Monitoring zur Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien Landesaufnahmeprogramm Jordanien

Stand: 4. November 2022

Nach Angaben des UNHCR waren Ende 2021 weltweit knapp 90 Millionen Menschen auf der Flucht. Davon waren mehr als die Hälfte Binnenvertriebene. Rund 36 Millionen Geflüchtete hielten sich zu diesem Zeitpunkt außerhalb ihres Herkunftslandes (Hauptherkunftsländer: Syrien, Venezuela, Afghanistan, Südsudan und Myanmar) auf. Insbesondere infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist im laufenden Jahr die Anzahl geflüchteter und vertriebener Menschen im Vergleich zum bereits hohen Niveau des Vorjahres noch deutlich weiter angestiegen. So sind laut dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen Filippo Grandi derzeit (November 2022) ca. 104 Millionen Menschen auf der Flucht. Zwar lassen sich künftige Fluchtbewegungen nur schwer prognostizieren. Jedoch gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass es absehbar zu einer Trendumkehr kommt.

Die Gründe, warum seit nunmehr über einem Jahrzehnt Jahr für Jahr mehr Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen, sind vielfältig und mehrdimensional. Maßgebliche Fluchtursachen sind insbesondere Krieg und Gewalt, Menschenrechtsverletzungen sowie Hunger. Auch Klima und Umwelt kommt eine zunehmende Wichtigkeit zu, vielerorts in Wechselwirkung mit anderen Fluchtursachen, beispielsweise, wenn klimatische Veränderungen die Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen bedrohen und zu Hungersnöten sowie Konflikten um knapper werdende Ressourcen beitragen.

Flucht und Vertreibung wirken sich auch auf Aufnahmeländer aus. Diese haben die Aufgabe, im Einklang mit dem internationalen Flüchtlingsrecht den wirksamen Schutz der Geflüchteten zu gewährleisten und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Da Schutzsuchende mehrheitlich in Nachbarländer fliehen, stehen vor allem an Konfliktherde angrenzende Staaten vor großen Herausforderungen. Die sozialen und ökonomischen Ressourcen dieser Länder werden durch die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung einer großen Anzahl Geflüchteter stark strapaziert.

Ein Instrument, um besonders gefährdeten und schutzbedürftigen Geflüchteten zu helfen und zu einer globalen Verantwortungsteilung bei der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung dieser Menschen beizutragen, sind sog. Resettlementprogramme. Das Land Brandenburg führt seit dem Jahr 2021 ein für den Zeitraum 2021-24 aufgelegtes Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Geflüchtete einschließlich Kriegsflüchtlinge und Angehörige verfolgter Minderheiten im Erstaufnahmeland Jordanien durch. Hauptherkunftsländer der bislang über das Programm aufgenommenen Menschen sind Syrien, Jemen, Irak und Sudan. Jordanien hat in den letzten Jahren insbesondere viele syrische Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen. Lt. UNHCR hielten sich Ende 2021 abgesehen vom Zwergstaat Nauru lediglich im Libanon relativ zu seiner Bevölkerung

mehr Geflüchtete auf. Die materielle Versorgung der Geflüchteten in Jordanien gestaltet sich oft schwierig und Probleme wie Verschuldung, Angewiesenheit auf prekäre oder sogar illegale, nicht-angemeldete Arbeit für den Lebensunterhalt, fehlende Verfügbarkeit oder Verlust von Wohnraum, fehlender Zugang zu dringend benötigter medizinischer Versorgung, soziale und/oder ökonomische Stigmatisierung sowie eine unsichere rechtliche Situation und Bleibeperspektive (drohende Abschiebung) tragen zu einer erhöhten Vulnerabilität bei. Über das Landesprogramm finden jährlich rd. 200, vom UNHCR nach Vulnerabilitätskriterien vorgeschlagene Geflüchtete, die einen mehrstufigen Auswahlprozess in Verantwortung des Landes durchlaufen, Aufnahme in Brandenburg.

Datenquellen:

- UNHCR Global Trends 2021 (<https://www.unhcr.org/globaltrends.html>)
- UN-Pressemitteilung GA/SHC/4363 (<https://press.un.org/en/2022/gashc4363.doc.htm>)

MICHAEL PREUSS

Monitoring MBS

MASSNAHMEN DES MBS

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA Brandenburg): Projekt „19. BREBIT“

Die BREBIT greifen globale/entwicklungspolitische Themen auf und lädt Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrkräfte zum Mitmachen ein. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden in Projekttagen, Fortbildungen, Workshops, Ausstellungen, Lesungen oder Filmvorführungen zum Nachdenken angeregt und zum solidarischen Handeln motiviert. Im Jahr 2022 wird inhaltlicher Schwerpunkt sein, die gesellschaftliche Veränderung von den eigenen Werten her zu denken. Die TN erhalten Gelegenheit, sich zu nachhaltiger Entwicklung und Klimagerechtigkeit eine eigenständige Meinung zu bilden, ihre Haltung zu reflektieren und dazu in kritischen Dialog mit anderen zu treten. Es wird die Frage in den Vordergrund gerückt, wie man global und lokal solidarisch miteinander leben will. Es werden verschiedene Perspektiven wahrgenommen und die eigene Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeit in den Blick gerückt.

Carpus e. V.: Projekt „Lehrkräfte-Fortbildungsreihe Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen“

Lehrkräfte sollen durch die Teilnahme an der FB-Reihe befähigt werden, Themen des Globalen Lernens im Unterricht diskriminierungssensibel mit ihren Schüler/innen zu bearbeiten. Dazu zählt, dass sie sich ihrer eigenen Sozialisierung in einer weißen Mehrheitsgesellschaft bewusst sind und bereits in der Unterrichtsvorbereitung selbstkritisch reflektieren, welche eurozentrischen Perspektiven und Stereotypen sie möglicherweise reproduzieren könnten. Sie werden befähigt, bewusst nach Stimmen aus dem Globalen Süden für die Unterrichtsgestaltung zu suchen und diese im Unterricht einzusetzen, um klassische eurozentrische Blickwinkel zu durchbrechen und den Schüler/innen einen Perspektivwechsel zu ermöglichen. Die Lehrkräfte werden in die Lage versetzt, ihre Sprache und ihre Bildauswahl auf „einseitige Geschichten“ hin zu hinterfragen und Handlungsansätze, die sie mit ihren Schüler/innen diskutieren möchten, auf paternalistische Denkweisen und Aktivitäten hin zu reflektieren. Die Lehrkräfte setzen sich außerdem mit kolonialer Geschichte auseinander und setzen diese in Bezug zu dem im Unterricht zu behandelnden Thema (z.B. Klimawandel, Fair Trade, Flucht, etc.). Dies führt dazu, dass Lehrkräfte ihren Unterricht transformativer gestalten. Das heißt, der Unterricht trägt dazu bei, dass sich die Gesellschaft langsam verändert hin zu einer solidarischen, diskriminierungssensiblen, nachhaltigen Gesellschaft. Über die an der Fortbildungsreihe teilnehmende Lehrkräfte hinaus sollen alle Lehrkräfte in Brandenburg von den Ergebnissen des Projektes profitieren. Deshalb werden die Konzepte für die fächerverbindende Bearbeitung der Themen des ÜT11, die im Rahmen des Projektes von den Lehrkräften erstellt werden, am Ende des Projektes auf den Bildungsserver hochgeladen. Auf diese Weise leistet das Projekt einen Beitrag zu einer besseren Verfügbarkeit didaktischer Unterrichtsmaterialien zum fächerübergreifenden Thema Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen.

Carpus e. V.: Projekt „Projekte zu Themen Nachhaltiger Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen in den Klassenstufen 1- 13“

Schülerinnen und Schüler sollen dabei unterstützt werden, sich in einer globalisierten Welt zurecht zu finden, globale Zusammenhänge zu verstehen und zu erkennen, dass (und in welchem Rahmen) sie selbst Mitgestaltungsmöglichkeiten bei der globalen Entwicklung haben.

GEKO e. V.: Projekt „Demokratiebildung im Europäischen Kontext am Beispiel Klimaschutz“

An weiterführenden und beruflichen Schulen in verschiedenen Regionen Brandenburgs werden Projekttag oder Doppelstunden zu demokratischen Prozessen am Beispiel Klimaschutz durchgeführt. An den Projekttagen werden dazu vom Träger weiterentwickelte Planspiele bzw. Simulationen eingesetzt. In den Doppelstunden findet nach Vorabsprache zu den Bedarfen der jeweiligen Schule ein Mix aus einführenden Informationen und interaktiver Gruppenarbeit statt.

Deutsche Gesellschaft e. V.: Projekt „#Europa/Und/Du – Werkstattgespräche im Europäischen Jahr der Jugend“

Im Projekt sollen im europäischen Jahr der Jugend zehn Zukunftswerkstätten an Schulen zu aktuellen Themen, die Jugendliche in der EU bewegen, durchgeführt werden. Themen können bspw. Umwelt, Klima, und Energie, Digitalisierung und Folgen für die Arbeitswelt oder soziale Teilhabe und Migration sein. Dabei werden die Bezüge zu den Lebenswelten der Jugendlichen berücksichtigt. Die Ergebnisse des Projekts werden auf digitalen Pinnwänden gesichert.

Handreichung des LISUM zum Thema „Europabildung in der Schule“:

https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/themen/Europabildung/Materialien/HR-OHR_Europabildung_2021_05_07.pdf

Die Handreichung baut auf dem Rahmenlehrplan für die Jahrgangsstufen 1–10 in Berlin und Brandenburg (RLP) und dem Orientierungs- und Handlungsrahmen (OHR) Europabildung in der Schule auf. Die Handreichung illustriert unter Bezugnahme auf den RLP Teil C jahrgangsbezogene Vorschläge für die Umsetzung in den einzelnen Fächern sowie für fächerübergreifenden Unterricht. Beispiele aus der Praxis, ausführliche Anregungen, methodische Hinweise sowie weiterführende Literatur ergänzen die Vorschläge. In einem ausführlichen Serviceteil sind viele regionale und überregionale Ansprech- und Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner genannt.

Handreichung des LISUM zum Thema „Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen“:

Auch diese Handreichung knüpft an die Ausführungen des Rahmenlehrplans für die Jahrgangsstufen 1–10 in Berlin und Brandenburg (RLP) und dem Orientierungs- und Handlungsrahmen (OHR) an und überführt diese in die schulische Praxis. Sie steht kurz vor der Veröffentlichung.

MASSNAHMEN IM JUGENDBEREICH:

Jugendforum Nachhaltigkeit (JuFoNa):

Das Jugendforum Nachhaltigkeit Brandenburg (JuFoNa) wurde Ende 2020 auf Initiative einer Gruppe junger Menschen in der heutigen Form wiederbelebt. Mit finanzieller Unterstützung des MBSJ - und seit 2021 auch durch das MLUK - kann bis 2024 eine hauptamtliche Begleitung der ehrenamtlich Engagierten im JuFoNa gesichert werden.

Das JuFoNa verfolgt das Ziel, Jugendbeteiligung zu Nachhaltigkeitsthemen auf Landesebene fest und langfristig zu verankern.

Das JuFoNa will einen Beitrag dazu leisten, in dem engagierte Jugendliche

- sich mit jungen Menschen aus ganz Brandenburg vernetzen und austauschen
- durch Workshops und Seminare die Meinungen, Ideen und Vorschläge von jungen Menschen bündeln
- einen Austausch mit der Landespolitik ermöglichen und koordinieren.

Grundsätzlich will das JuFoNa sowohl aktuelle politische Prozesse aufgreifen und versuchen konkret in diese Prozesse eine Jugendperspektive einzubringen als auch selbst Themen identifizieren, die wichtig sind und versuchen dazu mit Landespolitiker*innen ins Gespräch zu kommen.

2021 und 2022 stand die Jugendbeteiligung am Klimaplan Brandenburg im Fokus der Arbeit des JuFoNa. Insgesamt war das JuFoNa jedoch in 9 Strategieprozesse der Landesregierung eingebunden und konnte so junge Stimmen einbringen. Im Sommer hat das JuFoNa außerdem eine Radtour durch den Norden Brandenburgs organisiert und konnte so die Vernetzung zu jungen Menschen stärken und Perspektiven einfangen. Am 3. Dezember 2022 soll es außerdem einen großen Vernetzungsabend geben, zu dem bis zu 50 junge Menschen aus Brandenburg eingeladen sind, die sich für Nachhaltigkeit und Klimaschutz engagieren.

Momentan besteht die Gruppe des JuFoNa aus 15 jungen Menschen aus ganz Brandenburg, die sich mindestens alle 2 Wochen online treffen, austauschen und planen.

„Jugend für Entwicklungszusammenarbeit“ (JfEz):

wird seit über 20 Jahren durch das MBSJ unterstützt. Das vom MBSJ finanzierte und seit 2013 mit der Stiftung Nord-Süd-Brücken, gesteuerte Programm „Jugend für Entwicklungszusammenarbeit“ ermöglicht jungen Menschen zwischen 18 und 27 Jahren, zwischen 3 Wochen und 3 Monaten sich in und mit einer fremden Kultur in Afrika, Asien oder Lateinamerika auszutauschen und in Lern- und Arbeitsprojekten mitzuhelfen.

Junge Menschen aus Brandenburg sollen so Gelegenheit haben, unmittelbar in Ländern zu lernen und zu arbeiten, die nach Maßstäben der Vereinten Nationen als ‚Entwicklungsländer‘ eingestuft werden. Darüber hinaus sollen Lern- und Arbeitsbegegnungen zwischen jungen Menschen aus den sogenannten Entwicklungsländern und brandenburgischen Jugendlichen im Land Brandenburg gefördert werden.

Die Programmteilnehmenden erhalten Gelegenheit, Kulturen und Lebensverhältnisse in Ländern Afrikas, Asiens, Ozeaniens oder Lateinamerikas bzw. für incoming-Projekte die Verhältnisse des Landes Brandenburg kennen zu lernen, konkret Wirkungen, Zusammenhänge und Folgen der Globalisierung zu erkennen, nach ihrer Rückkehr ihre Erkenntnisse und Erfahrungen weiterzugeben bzw. sich in entsprechenden Initiativen weiterhin für die Fragen des Lebens in der ‚Einen Welt‘ zu engagieren. Wesentliches Ziel des Programms

ist es, eine praktische Mitarbeit in Bildungs-, Sozial- und Jugendprojekten in den sogenannten Entwicklungsländern zu ermöglichen. Jungen Menschen aus den genannten Ländern soll es ermöglicht werden, ihre Projektpartnerinnen bzw. -partner in deren brandenburgischem Lern- Arbeits- und Lebensumfeld kennen zu lernen und an entsprechenden Projekten mitzuarbeiten. Das Programm ist seit vielen Jahren der einzige landesseitige entwicklungspolitische Freiwilligendienst im Osten Deutschlands. Das MBS hat seit dem Start des Programms im Jahr 2000 in den vergangenen 22 Jahren die Maßnahme mit jährlich ca. 20- bis

43.000 Euro gefördert. Aus dieser Förderung erhielten durchschnittlich etwa 20 bis 30 junge Menschen p.a. einen entfernungsabhängigen Reisekostenzuschuss von 600.-€ bis 1.300.-€.

Auch Rückbegegnungen von jungen Erwachsenen aus den sog. Entwicklungsländern bei ihren Partnern in Brandenburg sind seit einigen Jahren möglich. Diese sog. Reverse-Komponente wird häufig und gern genutzt. Auch Schülergruppen / Schulpartnerschaftsprojekte sind aktive Nutznießer von JfEZ. Das Programm wird im Rahmen eines Zuwendungsvertrages jährlich mit der Stiftung Nord-Süd-Brücken durchgeführt.

In 2022 war es aufgrund des Abflauens der Pandemie wieder möglich wie in den früheren Jahren zu fördern. Die Mittel in Höhe von ca. 31.000.-€ flossen vollständig ab.

Auch neue „Player“ in Feld, wie ein Kunst- und Kulturverein, welcher Begegnungen mit dem Land Benin organisiert, wurden gefördert.



DOKUMENTATION

12. Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg
am 11. November 2022

wird herausgegeben vom Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e. V. (VENROB)

Tuchmacherstr. 49, 14482 Potsdam

Tel.: 0331 / 704 89 66

www.venrob.de

Die Website des Round Table : www.entwicklungspolitik-brandenburg.de

Verantwortlich: Uwe Prüfer, pruefer@venrob.de

Mitschrift: Heike Möller

Redaktion & Lektorat: Heike Möller, Harald Melzer

Fotos, Layout & Satz: Tatjana Pott



Gefördert durch Mittel des Ministeriums
der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg